

Editorial

Ungleichheit und Demokratie: eine gesellschaftliche Herausforderung

In Deutschland sind das Einkommen und die Lebenschancen nach wie vor ungleich verteilt – mit weitreichenden Folgen für das gesellschaftliche Miteinander und die demokratische Kultur. Die jüngste Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung zeigt anhand der Daten des Sozioökonomischen Panels 2022, dass inzwischen 17,7 Prozent der Haushalte in Deutschland in Armut leben; 2010 waren es noch 14,4 Prozent. Parallel hierzu hat die Einkommensungleichheit weiter zugenommen. Als arm gilt, wer über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen jährlichen Nettoeinkommens – derzeit etwa 26.000 Euro pro Person – verfügt.

Diese ökonomische Schiefelage ist nicht nur ein statistischer Befund, sondern eine demokratiepolitische Herausforderung. Die Studie macht deutlich: Je niedriger das Einkommen, desto geringer das Vertrauen in staatliche und demokratische Institutionen. 61 Prozent der Menschen in Armut haben kein Vertrauen in die Bundesregierung, 51 Prozent misstrauen den Medien. Auch die Analyse der Bundestagswahl zeigt eine deutliche soziale Spaltung: 27 Prozent der Menschen in Armut wählten die AfD, 20 Prozent die Linke, 16 Prozent die SPD. In der sogenannten »unteren Mitte« erhielt die AfD mit 24 Prozent den höchsten Stimmenanteil.

Zu den Ursachen dieser Entwicklung zählen eine sinkende steuerliche Umverteilung, eine steigende Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie Sicherungssysteme, die die Unterschiede nicht ausgleichen. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche: 2,2 Millionen unter 18-Jährige waren 2024 armutsgefährdet – 15,2 Prozent ihrer Altersgruppe. Bei jungen Menschen mit eigener oder elterlicher Einwanderungsgeschichte liegt das Risiko sogar bei 31,9 Prozent.

Die Folgen sind konkret: weniger Teilhabe, eingeschränkte Bildungs- und Entwicklungschancen, fehlender Zugang zu Kultur und Freizeit. Armut ist damit kein Randthema, sondern berührt den Kern der Kinder- und Jugendhilfe. Denn der soziale Rahmen, in dem junge Menschen aufwachsen, prägt maßgeblich ihre Entwicklung und ihr Vertrauen in gesellschaftliche Strukturen.

Diese Ausgabe: Demokratiekompetenz in der Jugendhilfe stärken

Vor diesem Hintergrund richtet diese Ausgabe der *Evangelischen Jugendhilfe* den Blick auf die Demokratieinfrastruktur. Weltweit geraten demokratische Systeme unter Druck – durch soziale Ungleichheit, politische Polarisierung und schwindendes Vertrauen. Nur etwa 45 Prozent der Weltbevölkerung leben heute in einer Demokratie und lediglich 6,6 Prozent in einer vollständigen Demokratie. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit; sie ist verletzlich und braucht Menschen, die sie aktiv gestalten und verteidigen.

Die Kinder- und Jugendhilfe leistet hierzu einen unverzichtbaren Beitrag. Das SGB VIII formuliert das Ziel, junge Menschen auf eine selbstbestimmte, verantwortungsbewusste und gemeinschaftsfähige Lebensführung vorzubereiten. Demokratiekompetenz ist dafür ein zentraler Baustein.

Radikalisierung im Netz: eine wachsende Herausforderung

Besonders eindrücklich zeigt dies der Beitrag zur Radikalisierung junger Menschen in Social Media. Rechtsextremistische Jugendgruppierungen treten zunehmend öffentlich auf – oft mit sehr jungen Mitgliedern und hoher Gewaltbereitschaft. Die Zahl tatverdächtiger 14- bis 17-Jähriger mit rechtsextremem Motiv hat sich zwischen 2023 und 2024 nahezu verdoppelt.

Neben der Debatte um die Regulierung digitaler Plattformen braucht es vor allem pädagogi-

sche Antworten: Beziehungsarbeit, Partizipation, Stärkung von Selbstwirksamkeit und eine klare Vermittlung demokratischer Werte. Nur dort, wo sich junge Menschen ernst genommen und beteiligt fühlen, können sie eine demokratische Haltung und Urteilsfähigkeit entwickeln.

Schutz, Orientierung und Beratung: Qualitätsmerkmale demokratischer Jugendhilfe

Ein weiterer Beitrag widmet sich der Entwicklung lebendiger Schutz- und Präventionskonzepte. Sie sind nie »fertig«, sondern Ausdruck kontinuierlicher Weiterentwicklung. Absolute Sicherheit gibt es nicht. Was es braucht, sind Strukturen, die Orientierung, Verantwortlichkeit und handlungsfähige Rahmenbedingungen schaffen.

Im Beitrag zur Leuchtturm-Metapher wird Beratung als Balance beschrieben: zwischen Orientierung geben und Mitgehen, zwischen Standhaftigkeit und Resonanz. Standfestigkeit bedeutet nicht Starrheit, sondern die Fähigkeit, Halt zu geben, ohne zu fixieren, und in Beziehung zu sein, ohne sich zu verlieren. So entsteht ein Raum, in dem Vertrauen und Selbstwirksamkeit wachsen können.

Perspektiven der Jugendhilfe: Stimmen, Filme und gesetzliche Entwicklungen

Was eine pädagogische Beziehung ermöglichen kann, zeigt ein fiktiver Dialog zweier ehemaliger Heimkinder, der reale Herausforderungen und Ambivalenzen der Jugendhilfe thematisiert: Systemversagen, Beziehung, Fachkräftemangel, Digitalisierung, Inklusion, Migration und gesellschaftliche Transformation. Ergänzend dazu beleuchtet der Dokumentarfilm *Das fast normale Leben* das Aufwachsen in einer Wohngruppe – mit seinen Hoffnungen, Brüchen und Widersprüchen.

Ein weiterer Beitrag greift die jüngsten gesetzlichen Neuerungen zur Stärkung der Rechte Be-

troffener im Kinderschutz auf. Besonders relevant sind die neuen Regelungen zu Akteneinsicht und Auskunftsrechten im SGB VIII. Wie diese in der Praxis umgesetzt werden können, wird eine zentrale Aufgabe der kommenden Monate sein.

Schließlich berichten wir über die Woche der Erziehungshilfen in Nordrhein-Westfalen 2025, die mit 121 Veranstaltungen eindrucksvoll die Vielfalt der Kinder- und Jugendhilfe sichtbar gemacht hat – ein starkes Zeichen demokratischer Teilhabe und zivilgesellschaftlichen Engagements.

Zum Schluss

Die Stärke der Kinder- und Jugendhilfe liegt im Beziehungsraum, in Schutz und Orientierung, in Beteiligung und in dem Mut, Entwicklung zu ermöglichen. Demokratie entsteht dort, wo Menschen sich gesehen, gehört und wirksam fühlen.

Diese Ausgabe möchte dazu einen Beitrag leisten. □

Ihre
Annette Bremeyer
Björn Hagen

